

Amtsgericht Lünen

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Montag, 20.04.2026, 10:00 Uhr,
Erdgeschoss, Sitzungssaal 127, Spormeckerplatz 5, 44532 Lünen**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Altlünen, Blatt 4721,
BV lfd. Nr. 1**

Gemarkung Altlünen, Flur 11, Flurstück 575, Gebäude- und Freifläche, Weidenkamp 44, Größe: 478 m²

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um ein 2-geschossiges unterkellertes Zweifamilienhaus (Doppelhaushälfte mit Satteldach mit teilausgebautem Dachgeschoss / Dachboden), nebst 1-geschossigem nicht unterkellerten rückwärtigen Anbau und Garage.

Baujahr Wohnhaus und Garage: 1963/1964,

Anbau: Baujahr nach Angabe genutzt / bewohnt 2021 / 2022.

Wohnfläche insgesamt 185,23 qm.

Nach Auskunft der Stadt Lünen ist die Errichtung und Ausführung des Anbaues an das Wohnhaus wegen fehlender Nachweise formell baurechtswidrig.

Das Objekt wurde zum Stichtag eigengenutzt.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 07.04.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

335.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.